




Deutsche Industrie in der Weltspitze

Energieeffizienz. Im Vergleich zu den meisten internationalen Konkurrenten kommt die deutsche Industrie mit relativ wenig Energie aus. Das liegt zum einen an den Fortschritten in der Energieeffizienz, zum anderen an der veränderten Industriestruktur, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt. 

Was den Energieverbrauch angeht, gibt es in Deutschland zwischen den einzelnen Sektoren kein großes Gerangel: 16 Prozent entfallen auf das Gewerbe, den großen Rest teilen sich der Verkehr, die privaten Haushalte und die Industrie zu je 28 Prozent.

Weil Energie knapp ist und der Energieverbrauch häufig zur Klimaschädigung beiträgt, ist es opportun,

Energie sparsam einzusetzen. Die deutsche Industrie ist hier bereits auf einem guten Weg (Grafik):

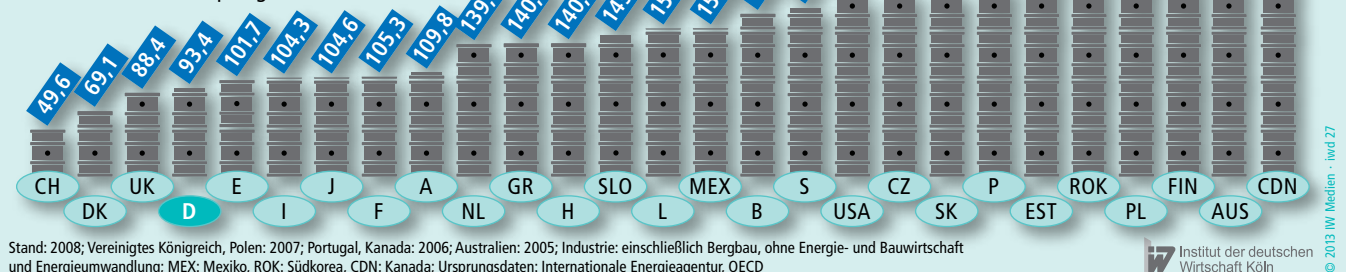
Deutschland belegt mit 93 Kilogramm Öleinheiten je 1.000 Euro industrieller Wertschöpfung den vierten Platz im Effizienzranking. Weniger verbrauchen nur Großbritannien, Dänemark und die Schweiz – die Eidgenossen kommen mit knapp 50 Kilogramm aus.

Allerdings gibt es auch erhebliche Ausreißer in die andere Richtung: Die US-Industrie zum Beispiel verbraucht relativ gesehen mehr als doppelt so viel Energie wie die deutsche, Kanada sogar annähernd dreimal so viel.

Diese großen Diskrepanzen lassen sich nicht nur auf das unterschiedliche Engagement bei der Effizienzverbesserung zurückführen, sondern hängen auch davon ab, wie viel Gewicht die energieintensiven Branchen in den einzelnen Ländern haben und wie es um die Auslastung und das Alter der Maschinen und Anlagen bestellt ist. →

Energieeffizienz international

So viel Kilogramm Erdöl benötigte die Industrie, um 1.000 Euro Wertschöpfung zu erzielen



Inhalt

Immobilien. Bis zum Jahr 2035 werden in Deutschland zusätzlich rund 2,5 Millionen altersgerechte Wohnungen benötigt.
Seite 3

Arbeitszufriedenheit. In der Bundesrepublik gehen neun von zehn Beschäftigten mit Spaß und Erfüllung ihrem Job nach.
Seite 4-5

Tariffindung. Im Jahr 2012 unterlagen deutschlandweit 31 Prozent der Unternehmen einem Branchen- oder Firmentarifvertrag.
Seite 6

Gemeindefinanzen. Obwohl die Kommunen unterm Strich satte Überschüsse erzielen, schreiben einige Gemeinden nach wie vor rote Zahlen.
Seite 7

Unternehmensgewinne. Im Schnitt erzielten die Unternehmen in Deutschland 2011 eine Rendite nach Steuern von 3,4 Prozent des Umsatzes.
Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Um den Einfluss solcher Parameter auf die Entwicklung des Energieverbrauchs besser abschätzen zu können, wird der Verbrauch nicht nur in Relation zur Wertschöpfung gesetzt, sondern auch in seine einzelnen Bestimmungsfaktoren zerlegt:

- **Der Aktivitätseffekt** misst, wie sich das Aktivitätsniveau innerhalb einer Branche auf den Energieverbrauch auswirkt. Dabei gilt, dass eine höhere Wertschöpfung der Industrie – die beispielsweise durch eine gestiegene Produktionsmenge erreicht wird – in der Regel auch mit einem höheren Verbrauch an Energie einhergeht.

- **Der Struktureffekt** zeigt den Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Strukturwandel. Wenn beispielsweise der Anteil der energieintensiven Branchen an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung wächst und der Anteil weniger energieintensiver Branchen entsprechend sinkt, geht dies mit einem Anstieg des Energieverbrauchs einher – und umgekehrt.

- **Der Intensitätseffekt** wiederum spiegelt die echten Energieeffizienzsteigerungen der Industrie wider, wie sie etwa durch technischen Fortschritt erzielt werden.

Trotz umwälzender Entwicklungen und diverser Konjunkturab-

und -aufschwünge hat die heimische Industrie in den letzten 15 Jahren ihren Energieverbrauch kaum steigern müssen (Grafik):

Rechnerisch hätte die deutsche Industrie 2010 wegen gesteigerter Produktionsmengen eigentlich 20 Prozent mehr Energie benötigt als 1995, tatsächlich kam sie aufgrund von Effizienzsteigerungen und veränderter Branchenstrukturen mit einem Energieplus von 2 Prozent aus.

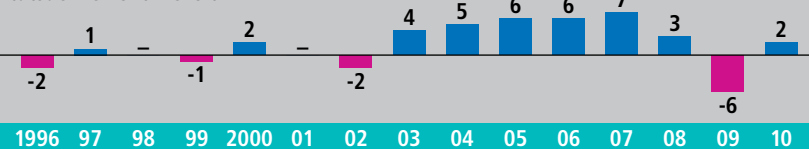
Zur Begrenzung des Energieverbrauchs trug vor allem die veränderte Struktur der Industriebranchen bei. Doch auch Effizienzverbesserungen haben den Energiehunger der Unternehmen gedrosselt. Die Möglichkeiten, hier weitere große Fortschritte zu erzielen, sind allerdings begrenzt: Zwar ist die Steigerung der Energieeffizienz ein politisch gesetztes Ziel und auch die Betriebe selbst haben ein wirtschaftliches Interesse daran, mit Ressourcen sparsam umzugehen. Doch die meisten günstigen und simplen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sind von der deutschen Industrie bereits umgesetzt worden.

Investitionen in die Energieeffizienz sind also mittlerweile vergleichsweise teuer. Zudem konkurrieren sie mit anderen Investitionsvorhaben, die womöglich rentabler sind. Wenn die Politik dazu beitragen möchte, dass die heimische Industrie weitere Effizienzsteigerungen erzielt, sollte sie deshalb die Investitionsbedingungen für energieintensive Branchen nicht weiter verschlechtern.

Energieeinsatz der deutschen Industrie

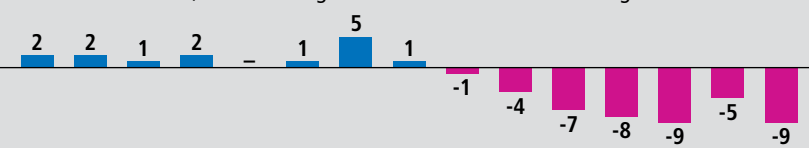
in Prozent

So hat sich der Energieverbrauch der Industrie in Deutschland gegenüber 1995 tatsächlich entwickelt.

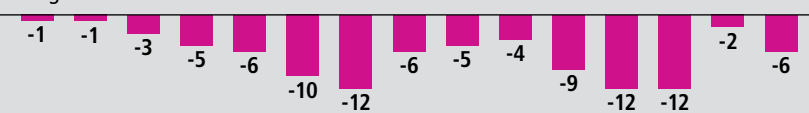


So hätte sich der Energieverbrauch der Industrie in Deutschland gegenüber 1995 entwickelt aufgrund ...

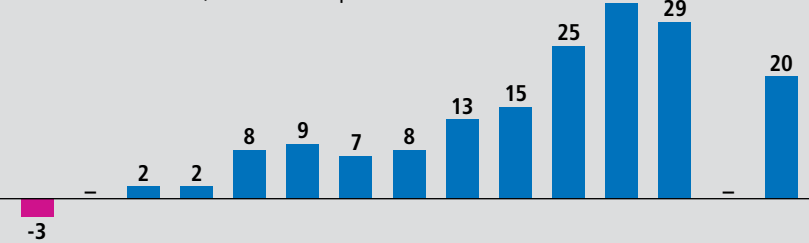
... des Struktureffekts, weil z.B. energieintensive Branchen an Bedeutung verlieren.



... des Intensitätseffekts, weil z.B. technischer Fortschritt zu einem geringeren Energieverbrauch führt.



... des Aktivitätseffekts, weil z.B. mehr produziert wird.



Industrie: ohne Energieumwandlung; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt



Die Wohnungsnot der Senioren

Immobilien. Die meisten Wohnungen, in denen ältere Menschen leben, sind nicht barrierefrei. Da zudem der Bedarf an altersgerechtem Wohnraum künftig kräftig steigen wird, addieren sich die nötigen Investitionen für Neubauten und Renovierungsmaßnahmen in den kommenden 20 Jahren auf annähernd 40 Milliarden Euro.

Kisten packen und Möbel schleppen, die gewohnte Umgebung verlassen und irgendwo anders neu anfangen – was für junge Menschen eher verlockend klingt, ist für die älteren Generationen meist ein Graus. Deshalb nehmen viele lieber größere Einschränkungen in ihrer Wohnung sowie ihrem Umfeld in Kauf und bleiben, wo sie sind.

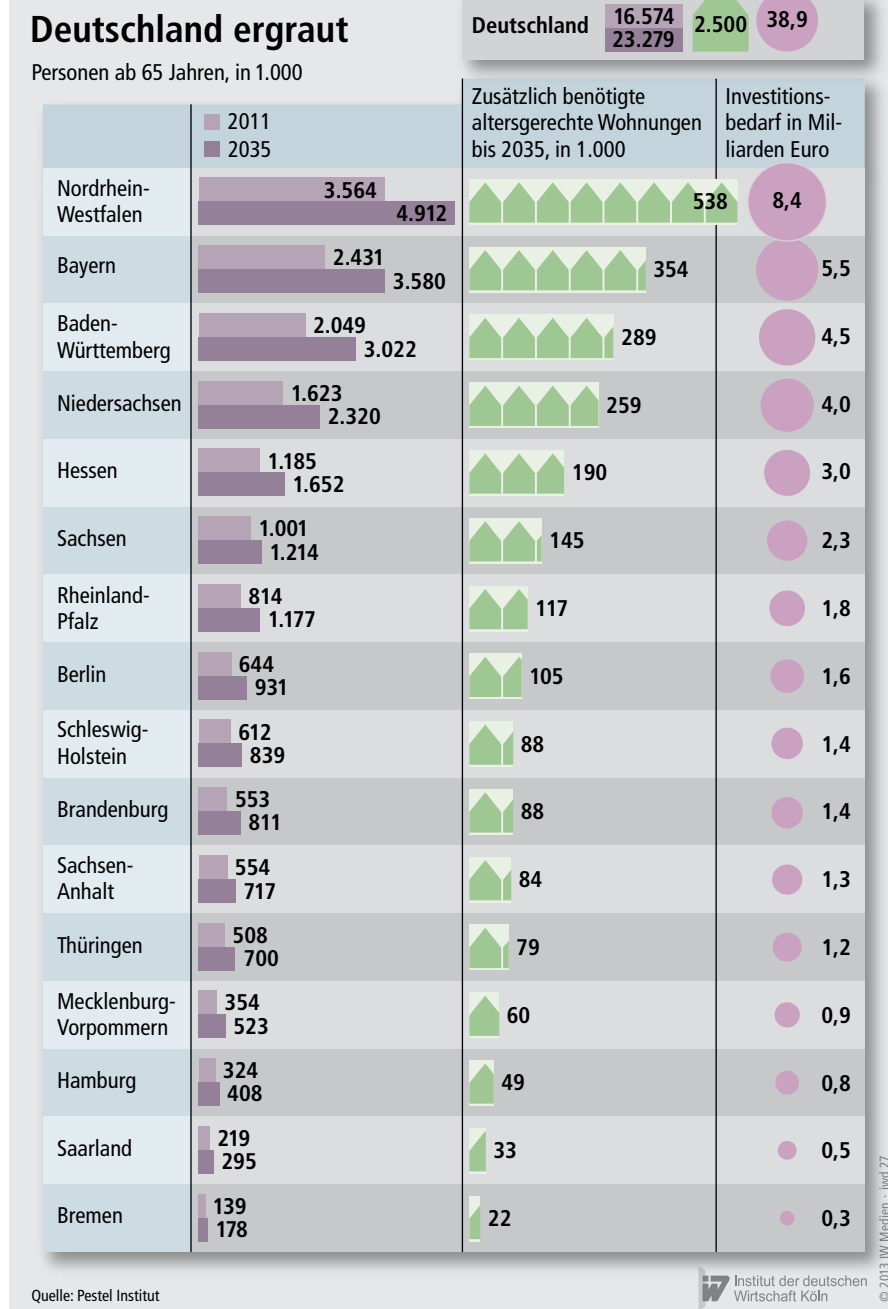
Ob zur Miete oder im Eigenheim, 93 Prozent der über 65-Jährigen und zwei Drittel der über 90-Jährigen wohnen nicht altersgerecht.

Von den insgesamt 11 Millionen Seniorenhaushalten in Deutschland sind lediglich 5 Prozent barrierefrei. Die stetig schrumpfende und gleichzeitig alternde Gesellschaft verschärft das Wohnraumproblem für Ältere in den nächsten Jahren:

Bis 2030 wird circa jeder vierte Bundesbürger älter als 65 Jahre sein. Die Zahl der über 80-Jährigen steigt wohl um mehr als 50 Prozent.

Bis 2035 werden zusätzlich etwa 2,5 Millionen altersgerechte Wohnungen benötigt – also mehr als das Vierfache von heute. Zusätzlich wird die Zahl der Pflegebedürftigen steigen – und damit auch die Nachfrage nach angemessenen Wohnformen.

Als altersgerecht gelten Wohnungen, wenn sie keine Stufen und




Schwellen haben, ausreichend Bewegungsfläche in den Sanitäranlagen bieten und über eine bodengleiche Dusche verfügen. Auch der Zugang zur Wohnung muss weitgehend barrierefrei sein. Neubauten müssen diese Anforderungen bereits heute für eine Etage erfüllen.

Wie hoch die Kosten einer altersgerechten Sanierung im Einzelnen

sind, hängt von Baujahr, Größe und Lage der Wohnung ab. Für Deutschland beläuft sich der Investitionsbedarf bis 2035 insgesamt auf knapp 39 Milliarden Euro (Grafik). Unterstützt werden die nötigen Modernisierungen von der KfW Bankengruppe. Dort kann ein Kredit beantragt werden, um Barrieren in der Wohnung zu reduzieren.

Toller Boss, toller Job

Arbeitszufriedenheit. Ein dickes Gehalt allein macht aus einer Arbeitsstelle noch längst keinen Traumjob. Entscheidend für die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten sind vielmehr die sogenannten weichen Faktoren: Das Verhalten der Führungskraft zum Beispiel beeinflusst das Wohlbefinden der Mitarbeiter sehr stark, wie zwei neue IW-Studien zeigen. 

Steile Karriere, eigene Sekretärin und ein Spitzengehalt? Oder lieber flexible Arbeitszeiten, möglichst wenig Stress und nette Kollegen? Was den eigenen Arbeitsplatz angeht, ist für jeden etwas anderes wichtig. Denn „gute Arbeit“ ist letztlich genauso individuell wie der jeweilige Stelleninhaber.

Weil die Ansprüche und Erwartungen an den Arbeitsplatz höchst unterschiedlich sind, ist die Arbeitszufriedenheit wohl das beste Maß dafür, ob ein Arbeitsplatz gut oder schlecht ist. Die Freude am Job ist in Deutschland relativ hoch, wie eine Befragung von insgesamt 44.000 Erwerbstätigen in 34 europäischen Ländern im Jahr 2010 ergab:

In der Bundesrepublik sind mehr als 88 Prozent der Erwerbstätigen mit ihrem derzeitigen Job „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“. Nur 2 Prozent der Beschäftigten geben an, „sehr unzufrieden“ zu sein.

Im europäischen Vergleich belegt Deutschland damit Platz 9, die Abstände zur Spitze sind jedoch gering (Grafik). Mehr Spaß und Erfüllung bei der Arbeit haben lediglich die Dänen, die Briten, die Norweger sowie die Österreicher. Die Iren, die Niederländer, die Belgier sowie die Finnen kommen auf ähnliche Zufriedenheitswerte wie die Beschäftigten in Deutschland.

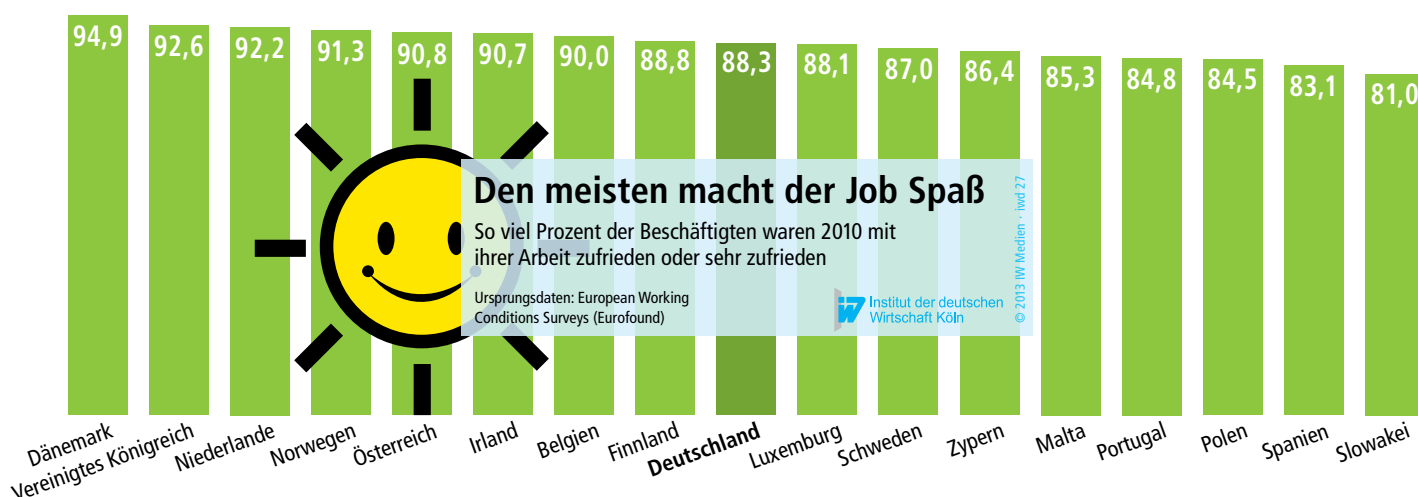
In 21 Ländern ist die Arbeitszufriedenheit dagegen signifikant geringer als hierzulande. Vor allem in Albanien, der Türkei, in Mazedonien und in Griechenland gehen viele Menschen mit einer gehörigen Portion Frust arbeiten: Im Schnitt sind hier vier von zehn Beschäftigten unzufrieden mit der Art und Weise, wie sie ihre Brötchen verdienen.

Für deutsche Arbeitnehmer sind allerdings oftmals ganz andere Kriterien ausschlaggebend als für die Kollegen im europäischen Ausland.

Zeitdruck und Stress beispielsweise wirken sich hierzulande relativ wenig auf die Arbeitszufriedenheit aus. Auch die Sinnhaftigkeit der Tätigkeit spielt in der Regel nur eine untergeordnete Rolle. Gleiches gilt für den Lohn, dem in Südeuropa eine deutlich größere Bedeutung zukommt als in Nordeuropa.

Die Merkmale für die Arbeitszufriedenheit im Detail:

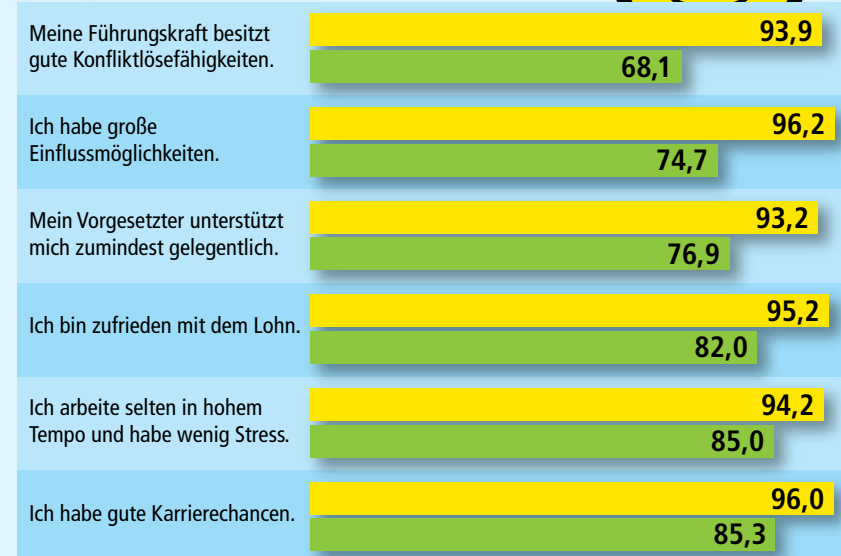
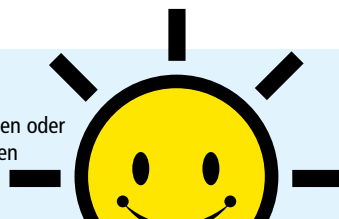
- **Die Höhe des Lohns** ist für Beschäftigte in Deutschland nicht das Maß aller Dinge. Selbst 82 Prozent jener Arbeitnehmer, die mit ihrer Vergütung unzufrieden sind, geben an, unterm Strich mit ihrer Arbeit dennoch zufrieden zu sein (Grafik Seite 5). Im europäischen Durchschnitt teilen knapp 77 Prozent diese Einstellung.
- **Einflussmöglichkeiten** am Arbeitsplatz sind den meisten Beschäftigten ein Grundbedürfnis: Sie möchten eigene Ideen verwirklichen, Entscheidungen beeinflussen, die Zielvereinbarungen oder die Arbeitsorganisation mitgestalten. Zu diesem Schluss kommt auch die aktuelle Befragung „Arbeit: sicher und fair!“ der IG Metall.



Vom Chef hängt vieles ab

So viel Prozent der Beschäftigten, die mit ihrer Arbeit zufrieden oder sehr zufrieden sind, bejahen bzw. verneinen folgende Aussagen

■ Ja ■ Nein



Stand: 2010; Ursprungsdaten: European Working Conditions Surveys (Eurofound)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 27

erhöhen europaweit die Arbeitszufriedenheit ihrer Mitarbeiter. In Deutschland werden zudem Vorgesetzte geschätzt, die über gute Konfliktlösefähigkeiten verfügen.

Wichtig ist den Arbeitnehmern in Europa insbesondere die Unterstützung durch ihre Führungskraft. Im EU-Durchschnitt geht dieser Wunsch für 81 Prozent der Beschäftigten in Erfüllung, in Deutschland sagen nur 69 Prozent, dass ihr Vorgesetzter ihnen zumindest manchmal unter die Arme greift oder ihnen Rückendeckung gibt.

Den Unternehmen ist durchaus bewusst, dass ihre Führungskräfte die Schlüsselrolle für die Arbeitszufriedenheit der Belegschaft spielen. Wie das IW-Zukunftspanel zeigt, organisiert deshalb knapp die Hälfte der heimischen Unternehmen spezielle Trainings für Vorgesetzte.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat festgestellt, dass es den meisten Arbeitnehmern dabei schon reicht, wenn sie gelegentlich ein Wörtchen mitreden können: Mehr als 90 Prozent derjenigen, die ab und an Einfluss ausüben dürfen, sind mit ihrer Arbeit zufrieden.

• **Stress und Zeitdruck** sind zwei Phänomene, die zwar oft die Debatten über die moderne Arbeitswelt dominieren, in Wirklichkeit aber ist ihr Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit gar nicht so groß: Selbst von denen, die oft Stress haben und häufig in hohem Tempo arbeiten müs-

sen, sind 85 Prozent mit ihrem Job zufrieden. Die Arbeitnehmer im benachbarten Ausland sind zum Teil wesentlich stressanfälliger: Bei häufiger Hektik und großer Arbeitsbelastung sind beispielsweise in Frankreich nur noch 68 Prozent der Beschäftigten mit ihrem Job versöhnt, in Griechenland sogar nur 57 Prozent der Arbeitnehmer.

• **Das Verhalten der Führungskraft** ist für die meisten Beschäftigten von großer Bedeutung. Chefs, die einen respektvollen Umgang pflegen, gute organisatorische Fähigkeiten besitzen und ihre Mitarbeiter einbinden,



IW-Positionen Nr. 61

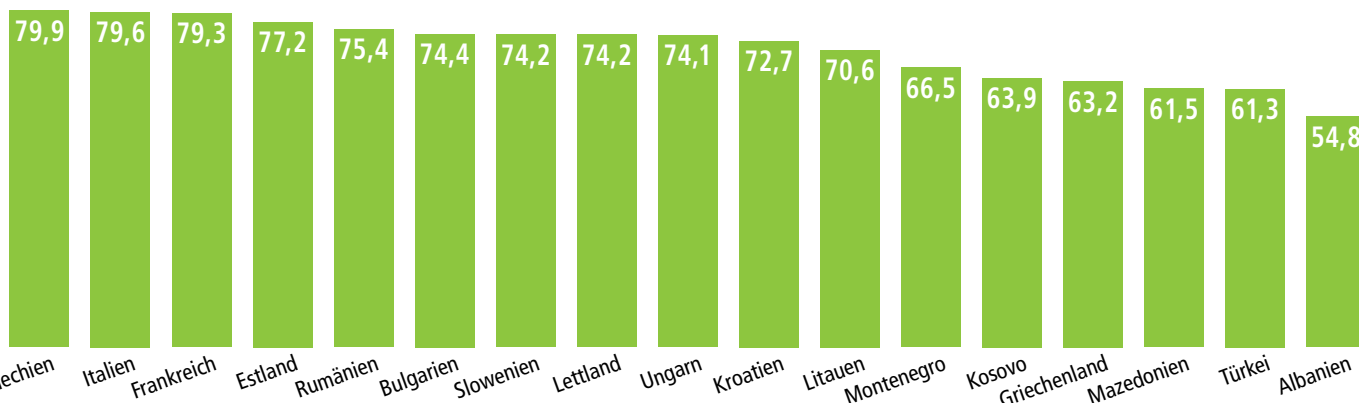
Holger Schäfer, Jörg Schmidt, Oliver Stettes: Qualität der Arbeit, Köln 2013, 60 Seiten, 11,80 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter: www.iwmedien.de/bookshop



aus IW-Trends 2/2013

Andrea Hammermann, Oliver Stettes: Qualität der Arbeit – zum Einfluss der Arbeitsplatzmerkmale auf die Arbeitszufriedenheit im europäischen Vergleich www.iwkoeln.de/trends



Blaupausen sind beliebt

Tarifbindung. Im Jahr 2012 unterlagen deutschlandweit 31 Prozent der Betriebe, aber immerhin 58 Prozent der Beschäftigten einem Branchen- oder Firmentarifvertrag. Allerdings orientieren sich von den übrigen Unternehmen ziemlich viele an den Branchenstandards.

Mitte der 1990er Jahre arbeiteten in Westdeutschland noch mehr als drei Viertel aller Arbeitnehmer in Betrieben, deren Arbeitsbedingungen und Löhne in Tarifverträgen geregelt wurden. Im vergangenen Jahr waren nur noch knapp 60 Prozent der Mitarbeiter in solchen tarifgebundenen Unternehmen beschäftigt. In Ostdeutschland sind die Werte geringer (Grafik).

Aber: Deutschlandweit orientieren sich immerhin vier von zehn nicht-tarifgebundenen Firmen an Tarifverträgen, gemessen an der Gesamtzahl aller Unternehmen sind es 29 Prozent.

Weil vor allem größere Betriebe öfter tarifgebunden sind als die kleinen, ist die Zahl der Beschäftigten, deren Löhne und Arbeitsbedingungen kollektiv geregelt sind, höher als die der Firmen.

In Westdeutschland waren 2012 gerade einmal 34 Prozent und im Osten sogar nur 21 Prozent aller Betriebe tarifgebunden.

Mitte der 1990er Jahre lagen die entsprechenden Werte im Westen bei gut 50 Prozent und im Osten bei 30 Prozent.

Neben dieser äußeren Erosion der Tarifbindung wird oftmals auch eine innere Erosion beklagt. Gemeint ist damit die Zunahme von tariflichen Öffnungsklauseln, die es den Betrieben in Absprache mit den Arbeitnehmervertretern gestatten, für eine gewisse Zeit von den Tarifnormen abzuweichen.

Doch gerade die Öffnungsklauseln erhöhen die Attraktivität und Akzeptanz des Flächentarifvertrags

– und verlangsamen dadurch die Abkehr vom Tarifvertrag.

Ohne die notwendige Flexibilität stünde es sicherlich schlechter um den Flächentarifvertrag.

Das wäre allerdings fatal. Denn der Flächentarifvertrag sorgt zum einen dafür, dass in einer Branche nicht permanent gestreikt wird – wie das zum Beispiel im Bereich der Luftfahrt derzeit oft der Fall ist. Zum anderen konkurrieren die Unternehmen einer Branche nicht bei den Löhnen – der Wettbewerb findet auf anderen Gebieten wie zum Beispiel bei der Qualität der Produkte oder bei Innovationen statt.

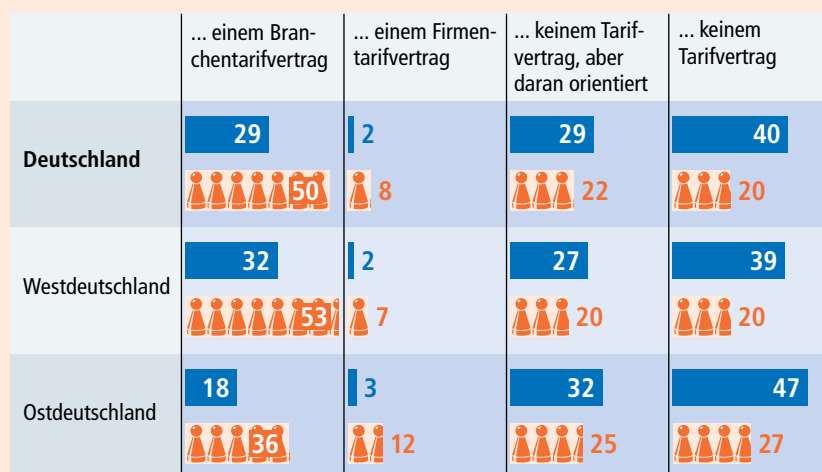
Wenn der Anteil der tarifgebundenen Betriebe allerdings eine kritische Masse unterschreitet, dann ist es mit den Vorteilen des Flächentarifs vorbei.

Die Konsequenz der seit Mitte der 1990er Jahre nachlassenden Bindekraft der Tarifverträge zeigt sich bereits auf der politischen Ebene: Der Gesetzgeber fühlt sich aufgerufen, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären und dadurch Tarifnormen auf alle Unternehmen zu übertragen. Das erhöht zwar die Reichweite der Tarifverträge, entlässt aber auch die Tarifparteien aus ihrer Verantwortung.

Die Gewerkschaften spielen hier mit, indem sie sich für gesetzliche Lohnuntergrenzen starkmachen. Sie müssten aber eigentlich wissen, dass sie damit den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Warum sollte in einer Branche mit geringem Organisationsgrad jemand einer Gewerkschaft beitreten, wenn der Gesetzgeber ohnehin die Standards vorgibt?

Tarifverträge setzen die Standards

So viel Prozent ■ der Betriebe ■ der Beschäftigten unterlagen 2012 ...



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Eine Sache der Bundesländer

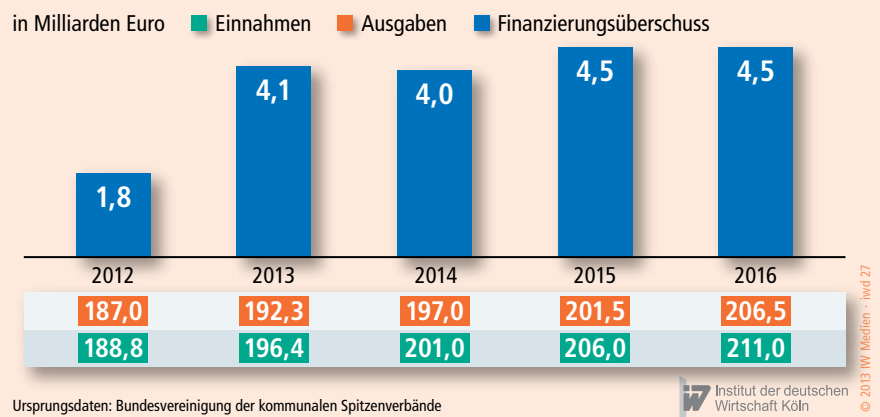
Gemeindefinanzen. Die Kommunen erzielen derzeit insgesamt zwar dicke Überschüsse. Weil einige von ihnen aber nach wie vor rote Zahlen schreiben, wird unisono vom Bund mehr Geld verlangt – doch die Gemeindefinanzierung ist nicht dessen Aufgabe. Vielmehr müssen klamme Kommunen sparen und einige Bundesländer ihre Gemeinden besser ausstatten.

Im Jahr 2012 erwirtschafteten die Kommunen in ihren Kernhaushalten – also ohne Stadtwerke etc. – insgesamt Überschüsse von 1,8 Milliarden Euro; Tendenz steigend (Grafik). Dennoch sehen die Kämmerer die kommunalen Haushalte überstrapaziert. Angeblich treiben die steigenden Ausgaben für Sozialleistungen, die sie selbst kaum beeinflussen könnten, die Kommunen mittelfristig in den Ruin.

Dieser Vorwurf ist nicht ganz aus der Luft gegriffen. Allein der vom Bund beschlossene Ausbau der Krippenplätze für unter Dreijährige kostet die Kommunen bis August 2013 schätzungsweise 12 Milliarden Euro, davon übernimmt der Bund nur ein Drittel. Deshalb fordern die Gemeinden speziell bei diesen Ausgaben eine weitere Entlastung.

Was die Kommunen aber unter den Tisch kehren: Die Sozialausgaben wachsen bis 2016 mit einem Plus von 13 Prozent auch nicht viel stärker als andere Ausgaben: Die Personalkosten steigen ebenfalls um 13 Prozent und die Investitionen um 12 Prozent. Gleichzeitig müssen die Kämmerer nicht mehr so viel für Zinsen ausgeben wie in früheren Jahren – derzeit 4 Milliarden Euro

Kommunen: Solide Finanzen



gegenüber mehr als 5 Milliarden Euro im Jahr 2008.

Die Klagen, dass vor allem steigende Sozialausgaben die Haushalte ruinieren, sind auch aus einem anderen Grund nicht glaubwürdig. Denn wenn die Gemeinden in einigen Bundesländern Überschüsse einfahren, in anderen aber Defizite, kann dies nicht an den Sozialausgaben liegen. Ein Beispiel:

Die Kommunen in Baden-Württemberg erzielten 2012 zusammen mit ihren Nebenhaushalten einen Überschuss von 2,1 Milliarden Euro, die Gemeinden in Hessen aber ein Defizit von 1,9 Milliarden Euro.

Für diese Unterschiede gibt es eigentlich nur zwei Gründe:

- Die hessischen Gemeinden wirtschaften schlechter als die süddeutschen. Das könnte durchaus zutreffen, denn in Hessen gaben die Kommunen 2012 pro Einwohner mit knapp 3.100 Euro rund 500 Euro mehr aus als im Länderdurchschnitt.
- Die beiden Bundesländer statten ihre Gemeinden unterschiedlich stark mit Mitteln aus (Kasten).

Schon diese beiden Beispiele machen deutlich, dass eine Neuordnung der Kommunalfinanzen nötig ist. Sie muss an zwei Hebeln ansetzen:

1. Die Länder müssen ihren Gemeinden genügend Mittel bereitstel-

len. Die Urteile von Landesverfassungsgerichten zeigen, dass dies in der Vergangenheit nicht immer der Fall war.

2. Reiche Gemeinden müssen im Rahmen eines bundesländerinternen Finanzausgleichs den ärmeren stärker beistehen.

Gesetzliche Regelung

Die Finanzausstattung der Kommunen ist Sache der Länder. Der Bund darf nach gegenwärtiger Rechtslage keine direkten Zahlungen an die Städte und Gemeinden leisten. Dafür wäre eine Grundgesetzänderung nötig, was die Kommunen auch fordern. Unabhängig davon würde die finanzielle Grundausstattung der Kommunen aber weiter in der Hand der Länder bleiben. Außerdem erhalten die Kommunen für soziale Leistungen bereits heute Zuweisungen vom Bund, die ihnen durch die Länder ausbezahlt werden, etwa für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Allein dafür zahlt der Bund von 2012 bis 2016 insgesamt fast 20 Milliarden Euro. Städte und Gemeinden beklagen allerdings, dass ein Teil der Bundeszuweisungen von den Ländern einbehalten würde. Ob dieser Vorwurf zutrifft, ist unklar. Höhere Zahlungen des Bundes an die Kommunen – auch auf direktem Wege – sind aber so lange sinnlos, wie die Länder den Kommunen an anderer Stelle Geld wegnehmen können.

Recht stabil

Unternehmensgewinne. Nachdem die deutsche Wirtschaft im Jahr 2010 schnell und stark aus der vorangegangenen Krise gekommen war, gingen die Renditen 2011 wieder leicht zurück. Der Grund waren höhere Kosten.

Zwar legten die Umsätze 2011 weiter zu, doch zugleich mussten die Firmen deutlich mehr für Energie und Vorleistungen zahlen. Zudem stiegen die Arbeitskosten um mehr als 3 Prozent. Nicht immer konnten die Unternehmen dies durch einen Produktivitätsschub oder Preiserhöhungen wettmachen.

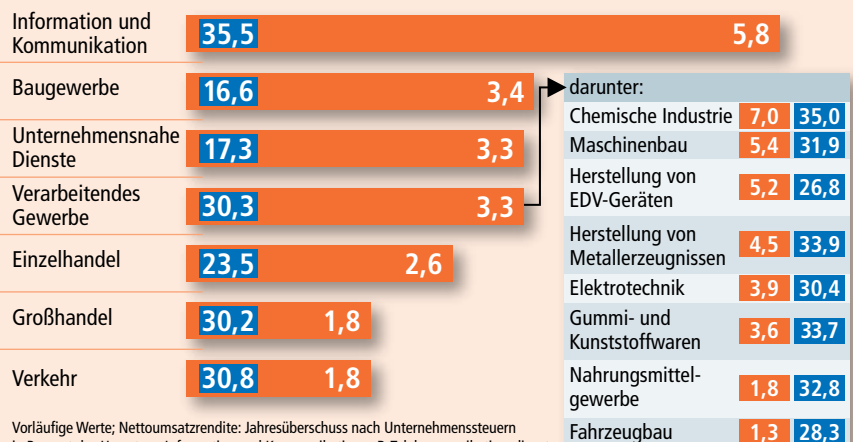
Im Schnitt erzielten die deutschen Unternehmen 2011 eine Rendite nach Steuern von 3,4 Prozent des Umsatzes – und verfehlten damit den Vorjahreswert von 3,6 Prozent nur knapp.

Diese Werte basieren auf einer Auswertung von Unternehmensbilanzen. Die so ermittelten Renditen wurden von der Bundesbank auf die Gesamtwirtschaft hochgerech-

Unternehmensgewinne: Großes Branchengefälle

im Jahr 2011

■ Nettoumsatzrendite in Prozent ■ Eigenmittel in Prozent der Bilanzsumme



Vorläufige Werte; Nettoumsatzrendite: Jahresüberschuss nach Unternehmenssteuern in Prozent des Umsatzes; Information und Kommunikation: z.B. Telekommunikationsdienste, Verlagswesen, Film- und Fernsehproduktion; unternehmensnahe Dienste: z.B. Rechts- und Steuerberatung, Werbung, Forschung und Entwicklung; Quelle: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 27

net. Zwar liegen für 2012 noch keine Angaben vor; die zuletzt schwächere Konjunktur lässt jedoch vermuten, dass die Unternehmensgewinne erneut etwas geringer ausgefallen sind.

Wer wissen will, wie es um die Renditen in einzelnen Branchen steht, muss sich selbst für 2011 noch mit den Daten für eine eingeschränkte Zahl meist größerer Firmen zufriedengeben. Demnach war vor allem in der Industrie die Ertragslage überwiegend erfreulich (Grafik):

Die chemische Industrie hatte im Jahr 2011 mit 7 Prozent die höchste Nettoumsatzrendite aller Wirtschaftszweige.

Auch der Maschinenbau, die Elektronikfirmen sowie die Hersteller von Metallprodukten fuhren satte Gewinne ein.

Doch nicht alle Branchen schnitten so gut ab. Der Fahrzeugbau etwa

erreichte im Mittel nur eine Rendite von 1,3 Prozent – vor allem aufgrund der schwierigen Lage vieler Zulieferfirmen, denen das Geschäft in den europäischen Krisenländern wegbrach. Damit stand dieser Industriezweig sogar schlechter da als die ebenfalls eher gewinnschwachen Dienstleistungsfirmen in den Bereichen Verkehr und Großhandel.

Generell positiv hat sich dagegen zuletzt die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen entwickelt – was ihnen gerade in der Krise von 2009 zugutekam. Für 2011 hat die Bundesbank eine gesamtwirtschaftliche Eigenkapitalquote von 27 Prozent der Bilanzsumme errechnet. Viele Industriesparten haben sogar eine Quote von einem Drittel erreicht – und sind damit erfahrungsgemäß gegen eine neue Konjunkturkrise gut gewappnet.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw-d@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.
Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.